

Inhaltsübersicht

1. Kapitel: Einleitung

§ 1 Einführung in die Problematik	1
§ 2 Themenbegrenzung	9
§ 3 Präzisierung des Untersuchungsgegenstands	16

2. Kapitel: Grundlegung – Die Mitgliedschaft als subjektives Recht

§ 4 Zum Begriff des subjektiven Rechts	21
§ 5 Meinungsstand zur Frage der Rechtsnatur der Mitgliedschaft . . .	28
§ 6 Mitgliedschaftliches Rechtsverhältnis und subjektives Recht der Mitgliedschaft	62
§ 7 Folgerungen aus dem subjektiv-rechtlichen Charakter der Mitgliedschaft	104

3. Kapitel: Deliktsschutz und relevante Verletzungen der Mitgliedschaft im allgemeinen

§ 8 Überblick über das weitere Vorgehen	113
§ 9 Die Mitgliedschaft als „sonstiges Recht“ im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB	117
§ 10 Die „Verletzung“ der Mitgliedschaft – Allgemeine Bestimmung des deliktsrechtlichen Schutzbereichs	149

4. Kapitel: Der deliktische Schutz der Mitgliedschaft im Verbandsinnenverhältnis

§ 11 Das Nebeneinander von mitgliedschaftlichem und deliktischem Rechtsverhältnis	171
§ 12 Zur Vereinbarkeit eines verbandsinternen deliktischen Schutzes der Mitgliedschaft mit gesellschafts- bzw. vereinsrechtlichen Prinzipien	187
§ 13 Deliktischer Schutz der Mitgliedschaft und verbandsrechtliche Rechtsbehelfe gegen fehlerhafte Beschlüsse	225

*5. Kapitel: Konkretisierung des Deliktsschutzes am Beispiel
typischer Verletzungstatbestände*

§ 14 Anliegen und weiteres Vorgehen	243
§ 15 Einwirkung auf die Mitgliedschaft als solche	247
§ 16 Eingriffe in die Besitzstände des Mitglieds, dargestellt am Beispiel des rechtswidrigen Bezugsrechtsausschlusses	258
§ 17 Verletzung mitgliedschaftlicher Vermögensrechte	270
§ 18 Verletzung mitgliedschaftlicher Schutz- und Teilhaberechte	280

*6. Kapitel: Sonstige Voraussetzungen, Inhalt und Durchsetzung der
Haftung aus §§ 823 Abs. 1, 1004 BGB*

§ 19 Sonstige Voraussetzungen und Inhalt der Ansprüche aus §§ 823 Abs. 1, 1004 BGB	345
§ 20 Subjektive Grenzen der Rechtskraft eines der Wiederherstellungs- klage stattgebenden Urteils	366

7. Kapitel: Schluß

§ 21 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	371
--	-----

Literaturverzeichnis	377
--------------------------------	-----

Sachregister	398
------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel: Einleitung

§ 1 Einführung in die Problematik	
I. Fragestellung und Anliegen der Untersuchung	1
II. Zur Relevanz der Fragestellung	4
1. Die Haftungsadressaten	4
2. Verschuldensunabhängige Haftung nach § 1004 BGB	5
3. Zusammenfassende Bewertung	7
III. Gang der Untersuchung	7
§ 2 Themenbegrenzung	
I. Abgrenzung des deliktischen Schutzes der Mitgliedschaft gegenüber dem Organstreit	9
1. Grundsatz	9
2. Überschneidungen	10
II. Abgrenzung gegenüber der actio pro socio	11
1. Die Trennung zwischen der Verbands- und der Mitgliedersphäre	11
2. Folgerungen	14
§ 3 Präzisierung des Untersuchungsgegenstands	
I. Der Verband als Bezugspunkt der Mitgliedschaft	16
1. Die Existenz organisationsrechtlicher Elemente als Grundlage des Verbands	16
2. Die rechtsgeschäftliche Grundlage des Verbands	17
II. Folgerungen – Die erfaßten Verbandstypen	18

2. Kapitel: Grundlegung - Die Mitgliedschaft als subjektives Recht

§ 4 Zum Begriff des subjektiven Rechts	
I. Willens- und Interessentheorie	21

II. Neuere Lehren	22
1. Die „right-privilege-Theorie“	23
2. Das subjektive Recht als Normsetzungsbefugnis	25
III. Das subjektive Recht als ausfüllungsbedürftiger Rahmenbegriff	26
§ 5 Meinungsstand zur Frage der Rechtsnatur der Mitgliedschaft	
I. Überblick und Gang der Darstellung	28
II. Die Mitgliedschaft in einer Gesamthandsgesellschaft	29
1. Die „Teilhaberschaft“ am Gesamthandsvermögen – Rechtsprechung und Schrifttum der ersten Jahrhunderthälfte	29
a) Die Gesamthand als Vermögensordnungsprinzip	29
b) Die Unergiebigkeit dieser Lehre für den Gegenstand der vorliegenden Untersuchung	31
c) Abweichende Stimmen	33
2. Die Rechtsprechung des BGH im Zusammenhang mit der Vererbung, Übertragung und Pfändung des Gesellschaftsanteils	34
a) Die Rechtsprechung zur qualifizierten Nachfolgeklausel	35
b) Die Rechtsprechung zur Übertragung der Mitgliedschaft unter Lebenden	36
c) Die Rechtsprechung zum Gegenstand der Pfändung im Sinne des § 859 Abs. 1 S. 1 ZPO	37
d) Zusammenfassende Bewertung	38
3. Das neuere Schrifttum	42
a) Vermögensrechtlich geprägte Ansätze	42
b) Die Gesamthandsgesellschaft als Verband und damit als Grundlage von Mitgliedschaften	49
III. Die Mitgliedschaft in einer Körperschaft	52
1. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts	52
2. Das ältere Schrifttum	54
a) Die Mitgliedschaft als subjektives Recht qualifizierende Stimmen	54
b) Die Wertrechtslehre <i>Kohlers</i> im besonderen	56
c) Abweichende Stimmen	56
3. Die Rechtsprechung des BVerfG sowie des BGH	57
a) BVerfG	57
b) BGH	58
4. Das neuere Schrifttum	59
§ 6 Mitgliedschaftliches Rechtsverhältnis und subjektives Recht der Mitgliedschaft	
I. Einführung	62

1. Die Existenz des mitgliedschaftlichen Rechtsverhältnisses als Ausgangspunkt der Beurteilung	62
2. Zum Verhältnis zwischen Rechtsnatur und Übertragbarkeit der Mitgliedschaft	63
II. Subjektives Recht und Rechtsverhältnis – Allgemeine Überlegungen	66
1. Das Rechtsverhältnis als der zentrale Begriff des Privatrechts	66
2. Latente und konkretisierte Rechtsverhältnisse	68
a) Das Eigentum als Grundlage eines Rechtsverhältnisses zwischen dem Eigentümer und „allen anderen“	68
b) Strukturelle Unterschiede zwischen dem Eigentum und der Mitgliedschaft	69
c) Die Verdichtung komplexer Rechtsverhältnisse zu subjektiven Rechten	70
3. Weiteres Vorgehen	74
a) Fragestellung	74
b) Rechtsformübergreifender Ansatz	74
III. Die Dominanz der mitgliedschaftlichen Befugnisse	75
1. Allgemeiner Abgrenzungsversuch	75
2. Das organisationsrechtliche Element von Gesellschaftsvertrag und Satzung	76
3. Mitgliedschaft und mitgliedschaftliche Rechte – Das Abspaltungsverbot	78
a) Die mitgliedschaftlichen Schutz- und Teilhaberechte	79
b) Die mitgliedschaftlichen Vermögensrechte	82
aa) Die vermögensrechtliche Trennung zwischen Verbands- und Individualsphäre	84
bb) Die Unterscheidung zwischen Vermögensstammrecht und vermögensrechtlichen Ansprüchen	86
cc) Die Unselbständigkeit der Vermögensstammrechte	88
dd) Die Lehre <i>Ulmers</i> vom „Vermögenswert der Beteiligung“	89
ee) Zwischenergebnis	92
4. Die dienende Funktion der mitgliedschaftlichen Pflichten	93
a) Die Unbeachtlichkeit der Außenhaftung des Mitglieds einer Personengesellschaft	93
b) Die mitgliedschaftlichen Loyalitäts- und Unterlassungspflichten	95
c) Die mitgliedschaftlichen Beitragspflichten	96
IV. Zusammenfassende Bewertung	98
1. Die Mitgliedschaft als subjektives Recht sowie als Stellung im Rechtsverhältnis	98

2. Die Mitgliedschaft als subjektives Recht sui generis	99
3. Abgrenzung: Die „Mitgliedschaft“ in einer Innengesellschaft	101
§ 7 Folgerungen aus dem subjektiv-rechtlichen Charakter der Mitgliedschaft	
I. Die Übertragung der Verbandsmitgliedschaft	104
1. Die Verknüpfung von subjektivem Recht und Rechtsverhältnis zu einem einheitlichen Verfügungsgegenstand	104
2. Folgerungen	106
II. Die Nachfolge in die Verbandsmitgliedschaft beim Tod des Mitglieds	107
III. Die Mitgliedschaft als Gegenstand beschränkter dinglicher Rechte	109
1. Grundsatz	109
2. Die Beteiligung des Nießbrauchers und Pfandgläubigers an dem mitgliedschaftlichen Rechtsverhältnis	110
3. Kapitel:	
<i>Deliktsschutz und relevante Verletzungen der Mitgliedschaft im allgemeinen</i>	
§ 8 Überblick über das weitere Vorgehen	
I. Das herkömmliche Deliktsrechtssystem als Grundlage der Untersuchung	113
II. Der weitere Verlauf der Untersuchung	115
§ 9 Die Mitgliedschaft als „sonstiges Recht“ im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB	
I. Entwicklung und Stand der Meinungen	117
1. Überblick	117
2. Rechtsprechung	118
a) Die Rechtsprechung des Reichsgerichts	118
b) Die „Schärenkreuzer“-Entscheidung des BGH	120
c) Der deliktsrechtliche Einschlag der „Holzmüller“-Entscheidung des BGH	121
d) Zusammenfassende Bewertung	122
3. Schrifttum	123
a) Der Meinungsstand vor Erlaß der „Schärenkreuzer“-Entscheidung	123
b) Reaktionen auf die „Schärenkreuzer“-Entscheidung	125

c) Zusammenfassende Bewertung	127
II. Die Struktur des „sonstigen Rechts“ im allgemeinen	127
1. Die Zuweisung eines Gegenstands als Wesensmerkmal des „sonstigen Rechts“	127
a) Die Maßgeblichkeit der besonderen Struktur des subjektiven Rechts	127
b) Die Ungeeignetheit des Merkmals der „sozialtypischen Offenkundigkeit“	129
c) Die „Ausschlußfunktion“ des subjektiven Rechts als Folge der Gegenstandszuweisung	130
2. Konkretisierung anhand einiger Beispielsfälle	132
a) Die Herrschaftsrechte	132
b) Das Forderungsrecht	133
c) Das Recht am Unternehmen	134
d) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	137
e) Die Familienrechte	138
III. Folgerungen hinsichtlich des Deliktsschutzes der Mitgliedschaft	139
1. Der sui-generis-Charakter der Mitgliedschaft	139
a) Rechtsgüter und subjektive Rechte	139
b) Abweichungen gegenüber den bislang anerkannten „sonstigen“ Rechten	140
2. Die Mitgliedschaft als Herrschaftsrecht	142
a) Parallelen zu sonstigen Herrschaftsrechten	142
b) Die Verkörperung der Stellung des Mitglieds im Verband	143
c) Die gebotene Korrektur des Begriffs des „Gegenstands“	144
3. Die Mitgliedschaft als vertraglich begründetes Recht	145
4. Deliktischer Schutz einer jeden Verbandsmitgliedschaft	146
a) Die Entbehrlichkeit einer vermögensmäßigen Berechtigung des Mitglieds	146
b) Die Einbeziehung der Mitgliedschaft in der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	147
5. Schutz des Nießbrauchers und des Pfandgläubigers	148
 § 10 Die „Verletzung“ der Mitgliedschaft – Allgemeine Bestimmung des deliktsrechtlichen Schutzbereichs	
I. Ziel der Untersuchung	149
II. Der Schutzbereich der Mitgliedschaft	151
1. Einwirkung auf das Recht als solches	152
2. Einwirkung auf den Gegenstand des Herrschaftsrechts – Zur deliktsrechtlichen Einordnung der „Reflexschäden“	154
3. Beeinträchtigung der mitgliedschaftlichen Befugnisse	159

III. Anforderungen an die Verletzungshandlung	164
1. Die Unterscheidung zwischen unmittelbaren und mittelbaren Eingriffen – Zur Rolle des subjektiven Rechts im Rahmen des Haftungsrechts des BGB	164
a) Ausgangslage	164
b) Folgerungen	166
2. Zur Frage des Erfordernisses eines „mitgliedschaftsbezogenen“ Eingriffs	167
3. Konkurrenzfragen	168
a) Selbständige Vermögensrechte mitgliedschaftlichen Ursprungs	168
b) Sonstige Rechte und Rechtsgüter des Mitglieds	169

4. Kapitel:

Der deliktische Schutz der Mitgliedschaft im Verbandsinnenverhältnis

§ 11 Das Nebeneinander von mitgliedschaftlichem und deliktischem Rechtsverhältnis

I. Problem und Meinungsstand	171
1. Überblick	171
2. Befürworter eines verbandsinternen Deliktsschutzes	172
3. Die wesentlichen Einwände gegen einen verbandsinternen Deliktsschutz	174
II. Stellungnahme	175
1. Allgemeine Erwägungen zum Verhältnis zwischen Vertrags- und Deliktsrecht	175
a) Präzisierung der Fragestellung	175
b) Überlagerungen des Deliktsrechts durch spezielles Vertragsrecht	176
c) Zur Frage einer Aufteilung des subjektiven Rechts in Außen- und Innenseite	178
aa) Die Familienrechte im besonderen	178
bb) Folgerungen	180
d) Zwischenergebnis	182
2. Die fehlende Präexistenz der Mitgliedschaft	183
3. Die Bestimmung des sachlichen Schutzbereichs der Mitgliedschaft durch das Gesellschafts- und Vereinsrecht	184
4. Zwischenergebnis und weiteres Vorgehen	186

§ 12 Zur Vereinbarkeit eines verbandsinternen deliktischen Schutzes der Mitgliedschaft mit gesellschafts- bzw. vereinsrechtlichen Prinzipien	
I. Überblick	187
II. Verbandsinterner Mitgliedschaftsschutz und Einbindung des Mitglieds in das Binnengefüge des Verbands	188
1. Der Kontext der Untersuchung	188
2. Das subjektive Recht der Mitgliedschaft als Grundlage von verbandsinternen „Außenrechtsbeziehungen“	189
a) Die Trennung zwischen Verbands- und Individualsphäre als Ausgangspunkt	189
b) Die Zugehörigkeit der Mitgliedschaft zur Individualsphäre	191
3. Deliktischer Schutz der Mitgliedschaft und Kompetenzordnung des Verbands	195
a) Problemstellung	195
b) Die Verträglichkeit des Deliktsschutzes mit der Kompetenzordnung	195
4. Die Überlagerung des Verbandsinnenrechts durch sonstige Vorschriften deliktsrechtlicher Natur	199
a) § 117 AktG	199
b) §§ 823 Abs. 2, 826 BGB	199
III. Die deliktische Haftung des Verbands, seiner Mitglieder und der Organmitglieder im besonderen	200
1. Die Haftung der Verbandsmitglieder	201
2. Die Haftung der Organmitglieder	202
a) Das Prinzip der Fremddorganschaft	202
b) Die deliktische Haftung im Gesamtsystem der Haftung von Geschäftsführer und Vorstand	203
c) Zwischenergebnis	209
3. Die Haftung des Verbands	209
a) Problemstellung	209
b) Die „Außenrechtsbeziehung“ zwischen Mitglied und Verband als Grundlage einer Zurechnung des zum Schadensersatz verpflichtenden Organhandelns	211
c) Die Interessen der übrigen Mitglieder	211
d) Die Interessen der sonstigen Verbandsgläubiger	214
e) Zwischenergebnis	220
4. Das Verhältnis zwischen der Haftung des Verbands und derjenigen der Verbands- und Organmitglieder	221
a) Die Berücksichtigung des aus §§ 30 GmbHG, 57 S. 1 AktG folgenden Leistungsverweigerungsrechts	221
b) Die deliktsrechtliche Relevanz des Unterlassens	222

5. Die Haftung innerhalb von Unternehmensverbindungen . .	223
IV. Zusammenfassende Bewertung	223
§ 13 Deliktischer Schutz der Mitgliedschaft und verbandsrechtliche Rechtsbehelfe gegen fehlerhafte Beschlüsse	
I. Problemstellung	225
II. Der Vorrang verbandsrechtlicher Rechtsbehelfe	226
1. Schutzzweck und systematische Einordnung der §§ 243 ff. AktG	226
a) Funktionen der Beschlußanfechtungsklage	226
b) Erste Folgerungen	228
c) Das Anfechtungsrecht als Sekundärrecht	229
2. Konsequenzen	231
a) Abschließender Schutz der dem § 245 Nr. 1 bis 3 AktG zugrunde liegenden Primärrechte	231
b) Sonstige Mitgliedschaftsrechte	232
aa) Rechtslage nach erfolgter Anfechtung	232
bb) Rechtslage bei Bestandskraft des Beschlusses	234
c) Unterlassungsklagen im besonderen	236
3. Adressaten der Haftung aufgrund rechtswidrigen Stimmverhaltens	237
a) Haftung der Gesellschafter	237
b) Haftung der Gesellschaft	238
c) Haftung der Organmitglieder	239
III. Zusammenfassende Bewertung und Folgerungen für das weitere Vorgehen	240
 <i>5. Kapitel:</i> <i>Konkretisierung des Deliktsschutzes am Beispiel</i> <i>typischer Verletzungstatbestände</i>	
§ 14 Anliegen und weiteres Vorgehen	
I. Ausgangslage	243
II. Themenbegrenzung	244
§ 15 Einwirkung auf die Mitgliedschaft als solche	
I. Überblick	247
II. Einzelne Verletzungstatbestände	247
1. Maßnahmen gesellschafts- bzw. vereinsrechtlicher Art	247
a) Ausschließung des Mitglieds	248

b) Auflösung des Verbands	253
2. Verfügungen über die Mitgliedschaft und ähnliche Tatbestände	256
§ 16 Eingriffe in die Besitzstände des Mitglieds, dargestellt am Beispiel des rechtswidrigen Bezugsrechtsausschlusses	
I. Deliktischer Schutz des Bezugsrechts	258
1. Überblick	258
2. Das Bezugsrecht als mitgliedschaftliches Recht sui generis .	261
3. Die Einbeziehung des Bezugsrechts in den deliktischen Schutzbereich der Mitgliedschaft	261
4. Deliktischer Schutz des Bezugsrechts und Beschluß- anfechtung nach § 255 Abs. 2 S. 1 AktG	263
a) Fragestellung	263
b) Die auf den Schutz der Vermögensinteressen begrenzte Funktion des § 255 Abs. 2 S. 1 AktG	264
aa) Die Bestätigung der BGH-Rechtsprechung durch § 186 Abs. 3 S. 4 AktG	264
bb) Die Rechtslage beim genehmigten Kapital	265
cc) Das Erfordernis einer Rechtfertigung des Bezugs- rechtsausschlusses	266
II. Exemplarische Anwendung	267
1. Verletzung des Bezugsrechts durch Beschluß der Hauptversammlung	267
2. Verletzung des Bezugsrechts durch Vorstandshandeln	268
§ 17 Verletzung mitgliedschaftlicher Vermögensrechte	
I. Die Unterscheidung zwischen Stammrecht und selbständigem Vermögensrecht	270
1. Grundsatz	270
2. Die vereinsrechtlichen Genußrechte im besonderen	271
a) Die Verselbständigung der Genußrechte gegenüber der Mitgliedschaft	271
b) Zur Beurteilung der „Schärenkreuzer“-Entscheidung . . .	272
II. Konkretisierung des Schutzbereichs	273
1. Verletzung des Gewinnstammrechts	274
a) Nichtvornahme eines Gewinnverwendungsbeschlusses . .	274
b) Rechtswidriger Gewinnverwendungsbeschluß	276
2. Verletzung des Stammrechts auf Auszahlung des Ausein- andersetzungsguthabens	277
3. Abgrenzungsfragen	278

§ 18 Verletzung mitgliedschaftlicher Schutz- und Teilhaberechte

I. Der Gleichbehandlungsgrundsatz	281
1. Problemstellung	281
2. Rechtsnatur des Gebots gleicher Behandlung	281
3. Folgerungen	283
4. Ergebnis	285
II. Das Recht auf gesetz- und satzungsmäßige Betätigung des Verbands	285
1. Problemstellung	285
2. Die Unvereinbarkeit eines umfassenden Rechts auf gesetz- und satzungsmäßiges Verhalten mit dem geltenden Verbandsrecht	286
3. Ergebnis und Folgerungen für das weitere Vorgehen	295
III. Das Recht auf gesetz- und satzungsmäßige Beschlußfassung	296
1. Inhalt und Rechtsnatur	296
2. Deliktischer Schutz	297
IV. Das Recht auf Teilhabe am Willensbildungsprozeß des Verbands	297
1. Rechtsschutz gegen Kompetenzübergriffe – Das sogenannte Recht auf Entscheidungsteilhabe	298
a) Problemstellung	298
b) Anliegen und Gang der Untersuchung	301
c) Entwicklung und Stand der Meinungen	304
aa) Aktiengesellschaft	304
bb) Sonstige Verbandstypen	308
cc) Deliktischer Schutz des Rechts auf Entscheidungsteilhabe	310
d) Stellungnahme	311
aa) Grundsätzliche Erwägungen	311
(1) Funktionen eines Individualrechts auf Zuständigkeitswahrung	311
(2) Rechtsnatur und Reichweite	314
bb) Die Gesamthandsgesellschaft im besonderen	316
(1) Der deliktische Schutz der mitgliedschaftlichen Pflichtrechte	316
(2) Haftungsadressaten	318
cc) AG, GmbH und Verein	319
(1) Einzelklage und gesetzliche Ausgestaltung der Verbandsverfassung	319

(2) Sachkontrolle statt Abwehrklage? – Zur Vereinbarkeit eines individuellen Abwehrrechts gegen Kompetenzübergriffe mit der Rolle des Publikumsaktionärs	324
(1.1) Individuelles Abwehrrecht und eigenverantwortliche Leitung der Gesellschaft	324
(2.2) Die Rolle des Publikumsaktionärs - Anleger oder Mitglied?	326
e) Rechtmäßiges Alternativverhalten und nachträgliche Beschlußfassung	330
f) Konkretisierung	332
aa) Grundsatz	332
bb) Exemplarische Anwendung	333
(1) Strukturändernde Maßnahmen	334
(2) Gesellschaftsvertraglich begründete Vorlagepflichten und gegenstands fremde Geschäfte	335
(3) Verdeckte Gewinnausschüttungen	335
2. Sonstige Eingriffstatbestände	337
a) Schutz der Teilhaberechte durch das Beschlußmängelrecht	337
aa) AG und GmbH	337
bb) Sonstige Verbandstypen	338
b) Verletzung der Teilhaberechte durch Nichtvollzug positiver Beschlüsse sowie durch Vollzug negativer Beschlüsse	339
3. Zusammenfassende Bewertung	340
V. Das Informationsrecht als Paradigma der mitgliedschaftlichen Schutzrechte	341
1. Der Kontext eines etwaigen deliktischen Anspruchs	341
2. Meinungsstand	342
3. Stellungnahme	343

6. Kapitel:

Sonstige Voraussetzungen, Inhalt und Durchsetzung der Haftung aus §§ 823 Abs. 1, 1004 BGB

§ 19 Sonstige Voraussetzungen und Inhalt der Ansprüche aus §§ 823 Abs. 1, 1004 BGB

I. Rechtswidrigkeit der Verletzungshandlung	345
1. Fragestellung	345
2. Stellungnahme	347
a) Nichtiger Beschluß	348
b) Bestandskräftiger Beschluß	349

II. Schuldhaftes Handeln des Deliktstäters und Mitverschulden des betroffenen Mitglieds	350
1. Verschuldensmaßstab	350
2. Die Beeinflussung der Obliegenheit zur Schadensminderung durch die mitgliedschaftliche Treupflicht	352
a) Fragestellung	352
b) Stellungnahme	353
III. Inhalt der Ansprüche aus §§ 823 Abs. 1, 1004 BGB	355
1. Anspruch auf Schadensersatz	355
a) Naturalrestitution	355
b) Unmöglichkeit der Naturalrestitution	356
2. Anspruch auf Unterlassen und Beseitigung	358
IV. Treupflichtbedingte Schranken der Geltendmachung von Restitutionsansprüchen	360
1. Grundsatz	360
2. Konkretisierung	361
3. Abgrenzung gegenüber der Obliegenheit zur Schadensminderung	362
V. Begrenzung der Haftungsrisiken der Organwalter durch Freistellungsansprüche gegen den Verband?	363
§ 20 Subjektive Grenzen der Rechtskraft eines der Wiederherstellungsklage stattgebenden Urteils	
I. Fragestellung	366
II. Stellungnahme	367
 <i>7. Kapitel:</i> <i>Schluß</i> 	
§ 21 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	371
Literaturverzeichnis	377
Sachregister	398